

Großer, Günter

Article — Digitized Version

Gipfelkonferenz ohne Handlungsvorgaben

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Großer, Günter (1981) : Gipfelkonferenz ohne Handlungsvorgaben, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 61, Iss. 8, pp. 362-363

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/135583>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



Gipfelkonferenz ohne Handlungsvorgaben

Wohl niemand hatte erwartet, daß sich die Perspektiven der Weltwirtschaft nach der Gipfelkonferenz von Ottawa freundlicher darstellten als vorher. Denn es wäre schon ein Wunder gewesen, wenn die sieben Regierungschefs in zwei Tagen den Schlüssel zur Lösung der drückenden ökonomischen Probleme gefunden hätten, denen die Wirtschaftspolitiker in den Industrieländern bisher vergeblich beizukommen suchen. Dennoch war es nach den Ergebnissen der letzten vorangegangenen Gipfelkonferenzen etwas überraschend, wie sehr sich das abschließende Kommuniqué auf die Betonung gemeinsamer Grundsätze beschränkte und wie wenig konkret die Handlungsvorgaben waren, die den heimkehrenden Delegationen mit auf den Weg gegeben wurden. Dies ist um so bemerkenswerter, als die Entwicklung der Weltwirtschaft bis in die jüngste Zeit hinein keinen Grund zum Aufatmen bietet.

Zwar hat die Kraft der Rezession, die die Entwicklung der Industrieländer im Sommer 1980 geprägt hatte, merklich nachgelassen; in den ersten Monaten dieses Jahres ist die Produktion zeitweilig sogar wieder gestiegen. Dies galt besonders für die USA und Japan, aber auch in Westeuropa kam die Talfahrt zumindest zum Stillstand. Doch kann darin nirgendwo der Beginn einer Erholung gesehen werden, die zu einem Wiederanstieg der niedrigen Potentialauslastung führte. Dagegen spricht schon die Verstärkung der restriktiven Einflüsse, die von der Wirtschaftspolitik in den meisten Ländern ausgehen. Wenn es dazu trotz besorgniserregend hoher und noch steigender Arbeitslosigkeit kam, so zeigt dies, wie gravierend die Inflations- und Zahlungsbilanzprobleme noch eingeschätzt werden. Dahinter verbergen sich insbesondere die Schwierigkeiten beim Anpassungsprozeß in den Produktions- und Verteilungsstrukturen der Industrieländer, den die drastische Energieverteuerung und die Einkommensumverteilung zugunsten der Erdölländer unausweichlich gemacht haben.

Bei der Bewältigung der Anpassungsprobleme gibt es allerdings gegenwärtig erhebliche Unterschiede von Land zu Land. Die größten Fortschritte hat offensichtlich Japan erzielt, wohl nicht zuletzt weil die Unternehmen aufgrund moderater Lohnsteigerungen ihre Gewinnposition behaupten konnten und dies die Investitionstätigkeit stützte. Mittlerweile ist die Inflationsrate in Japan sogar niedriger als im langfristigen Durchschnitt vor der ersten Ölpreisexplosion, und die Leistungsbilanz schließt wieder annähernd ausgeglichen, ohne daß es in den letzten anderthalb Jahren zu einem Produktions- und Beschäftigungseinbruch wie in vielen anderen Industrieländern gekommen wäre.

Dem steht in vielen westeuropäischen Volkswirtschaften ein allzu langsamer, mit scharfen Friktionen einhergehender Anpassungsprozeß gegenüber. Wohl wurden auch hier recht beachtliche Fortschritte bei der Einsparung von Energie und speziell Erdöl gemacht. Aber die verteilungspolitische Begünstigung der Investoren blieb – obgleich die Fehlentwicklungen in dieser Hinsicht nicht so ausgeprägt waren wie nach der ersten Ölpreisexplosion – hinter

den Notwendigkeiten zurück. In einer Reihe von Ländern spielte dabei die Aufrechterhaltung der formellen oder quasi-formellen Bindung der Löhne an die Verbraucherpreise eine verhängnisvolle Rolle. Die Anpassungsschwierigkeiten der westeuropäischen Volkswirtschaften lassen zumeist keine raschen Erfolge bei der Eindämmung von Inflation und Leistungsbilanzdefiziten erwarten. Daher sind ihre Währungen um so schutzloser dem Sog hoher Zinsen in den USA ausgesetzt, was die ökonomischen Probleme noch vergrößert.

In einer speziellen Situation befinden sich die USA. Einerseits blieb ähnlich wie in Japan die Gewinnposition der Unternehmen – von konjunkturellen Einflüssen abgesehen – relativ günstig und die Leistungsbilanz im Überschuß. Andererseits herrschen ähnlich wie in vielen westeuropäischen Volkswirtschaften starke Inflation und – wenn auch nicht über das Niveau früherer Abschwungsjahre hinausgehend – hohe Arbeitslosigkeit. Offensichtlich spielen in den USA dabei langjährige interne Fehlentwicklungen gegenüber den externen, vor allem ölpreisbedingten Belastungen eine größere Rolle als in anderen Industrieländern.

Die Unterschiede in der ökonomischen und sozialen Lage der einzelnen Industrieländer lassen wirtschaftspolitische Einheitsrezepte kaum angebracht erscheinen. Aber dies hat z. B. die Bonner Gipfelkonferenz vor drei Jahren nicht davon abgehalten, ein Aktionsprogramm mit zumindest abgestimmten Maßnahmen der beteiligten Länder zu verkünden. Wenn es dazu in Ottawa nicht kam, so lag dies sicherlich vor allem daran, daß in dem – inzwischen stark veränderten – Kreis der Gipfelteilnehmer die Vorstellungen über die erforderlichen wirtschaftspolitischen Strategien weit auseinandergehen. Während in den USA und Großbritannien ein Rückzug des Staates und eine Förderung der privaten Unternehmen bei forcierter Inflationsbekämpfung zur Sanierung führen sollen, steht dem in Frankreich ein Programm gegenüber, das zur Hebung der Beschäftigung umgekehrt den Staatssektor ausweitet und dabei die Inflationsbekämpfung auf den zweiten Rang verweist. Unter diesen Umständen stellt sich sogar die Frage, ob selbst die gemeinsamen Grundsätze von Ottawa nicht rasch mit der tatsächlichen Wirtschaftspolitik der Teilnehmer in Konflikt geraten werden.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei den engen monetären Wechselbeziehungen zwischen den westlichen Volkswirtschaften zu. Ihre Bedeutung für die nationalen Wirtschaftspolitiken hat sich auch durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen zwischen den wichtigsten Wirtschaftsräumen nicht vermindert; mit der zunehmenden Gewöhnung der Wirtschaftenden daran und dem Abbau von Wechselkursillusionen ist sie wohl eher verstärkt worden. Besonders Gewicht hat bei alledem die dominierende Position der USA und des US-Dollars im internationalen Währungsgeschehen. Dessen anhaltende Aufwertung gegenüber den meisten anderen Währungen spiegelt das Zusammenwirken einer günstigen Leistungsbilanzentwicklung, hoher Zinsen und auch wohl eines „Reagan-Bonus“ auf die künftige Wirtschaftsentwicklung in den USA wider. Dies alles aber würde sich weniger in den Wechselkursen niederschlagen, wenn in den anderen Industrieländern die Anpassungsfortschritte deutlicher, die Leistungsbilanztendenzen günstiger und die Inflationserwartungen schwächer wären.

Angesichts des großen Einflusses, den gegenwärtig das abnorm hohe Zinsniveau in den USA und ein vermutlich überzogener Reagan-Bonus auf den Dollar haben, ist seine gegenwärtige Stärke wahrscheinlich nicht von Dauer. Solange es indes nicht zu einem deutlichen Tendenzwandel kommt, bleiben die von den monetären Wechselkursbeziehungen ausgehenden Zwänge für die westeuropäischen Volkswirtschaften bestehen. Der Versuch, sich dem zu entziehen – wie von Frankreich propagiert –, würde rasch die Unvereinbarkeit fundamental abweichender wirtschaftspolitischer Strategien in einer eng verflochtenen Weltwirtschaft aufzeigen. Es gehört auch wenig Phantasie dazu, Spannungen im innereuropäischen Währungsgefüge zwischen Volkswirtschaften mit unterschiedlichen Strategien vorauszusagen. Eine derartige Situation aber, die die Grenzen nationaler Alleingänge aufweist, würde zur Bewährungsprobe für die erneuten Bekenntnisse der Regierungschefs zur liberalen Weltwirtschaftsordnung. Wenn die Gipfelgespräche das Bewußtsein aller Beteiligten für die Gefahren, die aus weiteren protektionistischen Maßnahmen drohen, gestärkt hätten, wäre dies zweifellos das wichtigste Ergebnis. Die Skepsis darüber aber bleibt angesichts der sich weltweit noch zuspitzenden Beschäftigungsprobleme groß.